Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 25 — Jahrgang 213

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Fernrufe 7801 abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 30512

Morgen-Ausgabe

Freitag, 16. Januar

Anzeigenpreis: Die 1spalt. 36 mm breite mm-Grundzeile 30 ₰, die 2spalt. 90 mm breite mm-Reklamezeile 1,80 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6299

Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung wird heute vormittag 10 Uhr zu einer nichtöffentlichen Sitzung zusammentreten, um insbesondere über die nächsten Aufgaben der beiden Unterausschüsse zu beraten.

* In Bayern muß wegen Kohlenmangels der gesamte Güterverkehr eingestellt werden.

* Dem für heute von den radikalen Gruppen angeordneten Stundenlangen Proteststreik in Groß-Berlin haben sich nur geringe Teile der Arbeiterschaft gefügt. Der Tag ist ruhig verlaufen.

* Clemenceau hat die Kandidatur für die Präsidentschaft angenommen. Am Sonnabend findet die Wahl statt.

* Der Oberste Rat beschloß, die staatliche Unabhängigkeit Armeniens, Georgiens und Asserbeidschans anzuerkennen.

Neue Kommunistenhetze

Berlin, 15. Januar.

Die Kommunisten und ein Teil der unter Einfluß der radikalen Elemente in der Unabhängigen Sozialdemokratie stehenden Gewerkschaften haben nachts in den Außenbezirken der Stadt und den Vororten Plakate angebracht, durch die sie, wie die „B. Z. a. M." meldet, zu einem vierundzwanzigstündigen Proteststreik gegen die Soldatenkasernierung auffordern. Die „Rote Fahne" hat ein Flugblatt in verschiedene Betriebe gebracht, durch das ebenfalls zum Streik und zur Wahl revolutionärer Betriebsräte aufgefordert wird. Straßenbahn, Hochbahn, Elektrizitätswerk und Gasanstalt arbeiten. Nur die städtische Straßenbahn streikt, doch beschränken sich ihre Linien nur auf einige Außenbezirke der Stadt. In der Großindustrie ist die Beteiligung an dem Proteststreik mäßig. Siemens und Borsig arbeiten; dagegen sind die Schwarzkopfwerke stillgelegt. Dort und wo sonst Streiks bestehen, sind sie gewöhnlich nur durch den Terror radikaler Minderheiten zustande gekommen.

Nach dem Mißlingen des Putsches am Reichstag haben unabhängige und kommunistische Drahtzieher, die unter falscher Flagge die Arbeiterschaft aufrufen, zu einem neuen Schlag ausgeholt. Es handelt sich hier um eine gewissenlose Fälschung. Die Gewerkschaftskommission, die allein berufen ist, über das Einsetzen von allgemeinen Streiks die letzte Entscheidung zu fällen, hat weder einen solchen Proteststreik beschlossen, noch bisher zu den Vorgängen am Reichstag Stellung genommen. Erst im Laufe des heutigen Tages wird sie zusammentreten, um die gegenwärtige Lage zu besprechen. Dabei wird die Gewerkschaftskommission feststellen, wer die Leute gewesen sind, welche in der „Freiheit" die Namen der dort unterzeichneten Verbände mißbraucht haben.

Ueber die heutige Lage in Berlin schreibt die „Neue Berliner Zeitung" unter anderm: Von der Sicherheitspolizei sind für heute keine weiteren Vorkehrungen getroffen, als die gestern [illegible] schon vorgesehen waren. Der Flieger- und der Meldedienst sorgen für die Beobachtung. Demonstrationen werden keinesfalls geduldet. Von der mehrheitssozialistischen Partei ist heute die Losung ausgegeben, sich auf keinen Fall an irgendwelchen Demonstrationen zu beteiligen. Die Hauptwerkstätten der Straßenbahn stellten vormittag den Betrieb ein, um sich an den Gedächtnisfeiern für Liebknecht und Rosa Luxemburg zu beteiligen. Wegen der Gedächtnisfeier gingen auch sämtliche Arbeiter der Knorrbremse heute morgen aus den Betrieben. Auch in den Betrieben von Schwarzkopff herrscht seit heute früh völlige Arbeitsruhe.

Wie wir weiter hören, hat sich in letzter Zeit eine Gruppe radikaler Betriebs- und Arbeiterräte gebildet, welche an die Stelle der Gewerkschaftskommission eine Neugründung zu setzen wünschen. Es handelt sich um so hyperradikale Elemente, daß von einer Vertretung der gesamten Arbeiterschaft gar keine Rede sein kann. Die in der Gewerkschaftskommission stehenden Mehrheitssozialisten und „gemäßigten" Unabhängigen haben schon längst nicht mehr die Majorität. Ihre Minorität war bisher lediglich imstande, den von den radikalen Mitgliedern eingebrachten Anträgen entgegenzutreten und Unbesonnenheiten zu verhindern. Die Gewerkschaftskommission wird jedoch gegen den Namensmißbrauch, der schon am Dienstag zu so verhängnisvollen Folgen geführt und weite Kreise der Arbeiterschaft irregeleitet hat, energisch protestieren.

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Berlin, 15. Januar.

Obgleich die Regierung die für heute nachmittag um 2 Uhr in der Neuen Welt in der Hasenheide von den Kommunisten einberufene Trauerfeier für die Revolutionsopfer verboten hatte, forderten doch wieder Plakate zur Teilnahme an der Feier auf. Die Sicherheitspolizei hatte deshalb entsprechende Maßnahmen getroffen. Gegen 2 Uhr war die Zahl der Demonstranten auf etwa 10 000 angewachsen. Zu einem kleinen Zusammenstoß ist es nur in der Hermannstraße gekommen. Besonders machten sich wieder Leute in Matrosen-Uniform bemerkbar. Um 3 Uhr nachmittags hatte sich die Menge zerstreut.

Der Eisenbahnerausstand

Essen, 15. Januar.

In Essen und in anderen Orten des Industrierevirs sind zahlreiche Führer der Unabhängigen und Kommunisten festgenommen worden. Das Erscheinen der unabhängigen und kommunistischen Blätter ist verboten worden und der Befehlshaber des Reichswehrkommandos in Münster kündigte die Verhängung des verschärften Ausnahmezustandes an mit Rücksicht auf die Unruhen und Ausschreitungen im Hamborner Bezirk, wo auch jetzt trotz des Einrückens des Militärs noch keine Ruhe eingetreten ist, sowie mit Rücksicht darauf, daß sich immer mehr herausstelle, die Unruhen hätten einen rein politischen Hintergrund.

Essen (Ruhr), 15. Januar.

Zu dem Rückgang der Streikbewegung im Hamborner Bezirk. Der Versuch der Kommunisten, zur Durchführung ihrer politischen Forderungen und der Einführung der Sechsstundenschicht einen allgemeinen Bergarbeiterausstand hervorzurufen, ist vorläufig als vollkommen gescheitert zu betrachten. Im Hamborner Wetterwinkel geht die Zahl der Streikenden immer weiter zurück.

Düsseldorf, 15. Januar.

Der Eisenbahnverkehr ist gestern in Richtung Duisburg wieder teilweise aufgenommen worden. Auf den anderen Strecken fahren die Züge wieder fahrplanmäßig.

Breslau, 15. Januar.

Die Eisenbahndirektion teilt mit: Der Personenverkehr bleibt vorläufig in jetzigem Umfange bestehen. Es ist aber möglich, daß infolge der unsicheren Verhältnisse der eine oder andere Zug nicht gefahren werden kann.

In den Eisenbahndirektionsbezirken Breslau und Kattowitz ist der Streik im schnellen Abflauen begriffen. Zur Aufrechterhaltung des Betriebes hat in hervorragendem Maße die tätige Mitwirkung der Technischen Nothilfe und das tadellose Verhalten der Beamten beigetragen.

Kassel, 15. Januar.

Eine gestern nachmittag abgehaltene Versammlung der hiesigen Telegraphenarbeiter beschloß, heute früh in den Ausstand zu treten. Auf ihre 10prozentige Lohnerhöhungsforderung wurde ihnen nur eine 2prozentige zugesagt.

Leipzig, 15. Januar.

In einer heute abend abgehaltenen Versammlung der Eisenbahnarbeiter Leipzigs wurde beschlossen, die angebotene Lohnerhöhung von 50 Prozent abzulehnen und eine neue von 75 Prozent zu fordern. Es ist anzunehmen, daß bei Ablehnung der Forderung die Eisenbahnarbeiter auf den Abfertigungsstellen in den Streik treten werden.

Die Verkehrskatastrophe in Bayern

München, 15. Januar.

Da der Kohlenvorrat zu Ende ist, wird am 15. d. M. der gesamte Güterzugverkehr eingestellt, bis auf die Beförderung von Lebensmitteln und Brennstoffen. Die Zulassung des Personenverkehrs zu den noch verbleibenden Zügen bleibt vollständig ausgeschlossen. Die Zahl der Nahzugverkehrszüge wird gleichfalls eingeschränkt, und der Lokalbahnverkehr wird überall eingestellt, wo eine wirksame Kohlenersparnis sich ergibt. Von Schnellzügen werden nur D 39/40 zwischen München und Berlin beibehalten.

Die Kaiserfrage

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Rotterdam, 15. Januar.

Wie verlautet, hat die holländische Regierung die Vertretung der Entente in freundschaftlicher Art und inoffiziell benachrichtigt, daß ihr eine Anfrage über ihren Standpunkt in der Kaiserfrage unangenehm wäre. Holland sähe in dem früheren Kaiser und Kronprinzen politische Flüchtlinge. Dieser inoffizielle Schritt soll unternommen worden sein, um zu verhindern, daß Holland bei einer Anfrage mit einer Weigerung antworte.

Paris, 15. Januar.

Eine Konferenz der Regierungschefs wird sich heute mit der Frage der gerichtlichen Verfolgung des früheren deutschen Kaisers und des Kronprinzen befassen. Sie wird Kenntnis nehmen von dem Entwurf der an Holland zu richtenden Note, die die Auslieferung der beiden verlangt.

Die Liste mit den Namen der deutschen Schuldigen wird in der ganzen Welt verbreitet werden. Bei jedem Namen wird die Art der begangenen Verbrechen stehen.

Die tschechische Verfassung

Prag, 14. Januar.

Der Verfassungsausschuß hat heute den ganzen Verfassungsentwurf erledigt. Alle Bürger sind ohne Ansehen der Nationalität, Religion oder Rassengehörigkeit gleichberechtigt. In Staaten und Bezirken mit einer zum bedeutenden Teil andersübersprechenden Bevölkerung wird den Kindern dieser Bürger öffentlicher Unterricht in ihrer Sprache gesichert. Jeder Versuch einer gemeinsamen Entnationalisierung ist unzulässig und strafbar.

Clemenceau Präsidentschaftskandidat

Amsterdam, 15. Januar.

Reuter meldet aus Paris, daß Clemenceau die Kandidatur für die Präsidentschaft angenommen habe und dies in der Vollsitzung von Senat und Kammer mitteilen werde.

Reuter meldet weiter: Clemenceau wird am Sonnabend mit großer Stimmenmehrheit zum Präsidenten der Republik gewählt werden. In Uebereinstimmung mit Poincaré wird er Millerand zum Ministerpräsidenten ernennen. Bis zum 18. Februar bleibt Poincaré im Elysee, während Clemenceau die Geschäfte als Präsident der Konferenz vorläufig weiter versieht. Millerand wird in sein Kabinett das Ministerium des Aeußern übernehmen. Auch Leucheur wird darin einen äußerst wichtigen Posten erhalten. Nach dem, was aus dem Elysee verlautet, wird Poincaré im Ministerium Millerand die Stelle des bisherigen Finanzministers Klotz einnehmen.

Beamtenfragen

Aus Beamtenkreisen geht uns die nachstehende Zuschrift zu, der wir gern Raum gewähren.

Früher dienten wir dem Staat und Könige mit unserem Kopf und unserem Vermögen; letzteres hört jetzt auf! Wir Beamten verlangen ein Entgelt, das den Kosten unserer Vorbildung, den gehaltlos verbrachten Dienstjahren und unseren Leistungen entspricht. Denn ohne uns Beamte wäre alles im Vorjahre, und noch mehr im November/Dezember 1918, aus dem Leim gegangen (leider stand in letztverwahnten Monaten noch eine große Anzahl von uns an der Front), und würde auch jetzt aus dem Leime gehen, wenn wir nicht dank dem überlieferten preußischen Pflichtgefühl für Aufrechterhaltung des staatlichen Dienstes sorgten. Selbstverständlich nehme ich solche neuen sog. Beamte aus, die früher durch Zerstörung des Staatsgedankens und der Widerstandskraft des Volkes den Beweis (?) erbrachten, daß sie jetzt fähig sind, an hoher Beamtenstelle des Staates leitend zu wirken.

Während früher das Entgelt keineswegs in einer immer „standesgemäßen Rente" bestand, so war die damalige Besoldung doch ausreichend, jedenfalls eher ausreichend als jetzt. Wenn nun von agitatorischer, erst seit einem Jahre regierungsfähiger Seite behauptet wird, daß bei bisherigen Aufbesserungen die oberen Beamten die Sahne abgeschöpft, die mittleren und unteren Beamten nichts erhalten hätten, so schlägt solche Agitationslüge den Tatsachen ins Gesicht. Außerdem: So dumm ist die Beamtenschaft nicht, daß sie auf diese plumpen Köderungsversuche hereinfiele; dazu ist der Geist der Zusammengehörigkeit — von allem anderen abgesehen — zu stark. Im übrigen wäre unzweifelhaft der sozialdemokratische Parteisekretär z. B. in Merseburg mit dem Anfangsgehalt von 36jährigen Richtern oder Landräten oder Kreisschulinspektoren oder Regierungsbaumeistern sicher niemals zufrieden gewesen, denn mit 3300 Mark bis 3600 Mark war auch vor dem Kriege nicht auszukommen. Die alte Regierung hat diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen begonnen und das herrliche neue System ist auf dieser Bahn weiter geschritten, trotz der klar ausgesprochenen Absicht, den Berufsstand der Beamten zu proletarisieren oder wenn irgend möglich ihn durch ein auf Zeit zu wählendes Beamtentum aus dem Sattel zu heben.

Es zeigte sich aber, daß die Beamtenschaft sich dessen bewußt wurde, und daß sie nicht nur um des Königs, sondern um des Staates willen gearbeitet hat und nicht gesonnen ist, bei Vernichtung der bisherigen Staatsform den Staaat zugleich mit dieser vernichten zu lassen. Sie schloß sich noch sozialdemokratischem Vorbild in Gewerkschaften zusammen, und mit Gewerkschaften muß man ja wohl rechnen! So war zum Heile des Staates die Proletarisierung des Beamtentums abgewendet, indessen mußte es im weiteren bestrebt sein, auch künftig wirtschaftlich in einer Lage zu bleiben, die gestattet, den Berufspflichten einigermaßen ohne Sorgen nachzugehen. Die Beamten wissen recht gut, daß der Krug solange zu Wasser geht, bis er bricht, und daß unsere Finanzen eine weitere große Belastung nicht aushalten können. Sie wissen, daß früher mit vergleichsweise recht geringen Mitteln sehr achtbare Leistungen erzielt wurden, während jetzt das Gegenteil der Fall ist. In ähnlicher Lage des Staates haben die Beamten früher sich um des Staatswillen Sorge gemacht, ja sogar, wie z. B. Stein und Gneisenau, auf ihnen zustehende Gebührnisse verzichtet und durch persönliche Opfer dazu beigetragen, den Staat über Wasser zu halten. Jetzt hat es diese Regierung, die anscheinend aus Angst, des Wortbruches der vielen vornovemberlichen, doch — unerfüllbaren Versprechen geschulten zu werden, nur an Befriedigung der Arbeiterbedürfnisse denkt, sich selbst zuzuschreiben, wenn der Beamte seine eigenen Sorgen denen um den Staat jetzt voranstellt.

Die Beamtenschaft hat 150 Prozent zu den jetzigen Teuerungszuschlägen gefordert und erhalten; nun, denkt der Laie, werden sie zufrieden sein. Da irrt er sich aber, das ist keineswegs der Fall; sie können nicht zufrieden sein. Denn der Geldwert ist weiter gesunken, der Arbeiterlohn weiter gestiegen.

Die Sache liegt, an einem Beispiel erklärt, folgendermaßen: Nehmen wir einen mittleren Beamten, der (ohne Wohnungsgeldzuschuß) vor dem Kriege 3300 Mark, jetzt durch Aufrücken in eine höhere Altersstufe 3600 Mark erhält. Er bekam bis jetzt 2040 Mark Kriegsteuerungszulage. Dazu kommen für jedes Kind 600 Mark, also bei drei Kindern 1800 Mark; zusammen 7440 Mark. Nun kommt die jüngste für das laufende Vierteljahr bewilligte Erhöhung der Zulage von 150 Prozent (von 2040 Mark!), denn am 1. April 1920 soll ja die neue Gehaltsvorlage in Kraft treten. Diese Erhöhung berücksichtigt aber die Kinder keineswegs! Sie beträgt in unserem Falle ganze 765 Mark im Vierteljahr. Aufs Jahr berechnet, würde das Gesamteinkommen 10 500 Mark betragen, d. h. also immer noch 1500 Mark hinter dem Arbeiterlohn zurückbleiben, das kürzlich von sachverständiger, nämlich sozialdemokratischer Seite auf 12 000 Mark angegeben worden ist. Es bleibt demnach für unseren Fall ein noch größerer Unterschied,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001161-12/fragment/page=0001

denn mit 600 Mark jährlich ist ein über zwei Jahre altes Kind nicht durchzubringen.

Wenn irgend wo, so war hier für das im ganzen doch sozialdemokratische Ministerium mal eine passende Gelegenheit, sich sozial zu betätigen und, was unbedingt notwendig ist, auch die Kinderzulage um 150 Prozent zu erhöhen, also auf 1500 Mark jährlich. Die Beamten haben keine Lust, ihre Spargroschen oder Vermögen, soweit solche noch nicht im Dienste des Staates verbraucht worden sind, weiterhin einer Republik zu opfern, die sie hinter die Handarbeiter zurücksetzt und nicht berücksichtigt, daß wir jahrelang umsonst gedient haben.

Wir halten es für unbedingt notwendig, daß die Organisationen der Beamten, die leider noch keineswegs die Stimmung der Beamten im Lande wie die Gefahr erkennen, die darin besteht, daß sie sich von demokratischer Seite im Interesse einer beamtenfeindlichen Regierung betören lassen, zum mindesten eine — gleichmäßige Behandlung der Kopfarbeiter und der Handarbeiter, die stets berücksichtigt werden, durchsetzen, andernfalls die Wahrscheinlichkeit täglich größer wird, daß mit der Zurücksetzung und Proletarisierung des Beamtentums dessen Leistungsfähigkeit und Interesse am Staat in bedenklichster Weise vermindert wird.

Ist die Beamtenschaft aber endgültig ruiniert, dann ist der Staat erledigt. —d.

Durchpeitschung des Betriebsrätegesetzes

Nationalversammlung

In § 4 wird für Land- und Forstwirtschaft die Wahl eines Betriebsobmannes von dem Vorhandensein von mindestens zehn ständigen Arbeitern abhängig gemacht. Bei Ablehnung von Abänderungsanträgen der Deutschnationalen und der Unabhängigen Sozialisten wird § 4 angenommen. Ebenso § 5, der die Einrichtung von Arbeitnehmervertretungen der See- und Binnenschiffahrt einem besonderen Gesetz vorbehält.

Nach § 6 sind neben den Betriebsräten, in denen Arbeiter und Angestellte sitzen, noch Arbeiter- und Angestelltenräte einzurichten zur Wahrung der besonderen Interessen der Arbeiter und Angestellten.

Abg. Koenen (U. S.): Wir beantragen die Streichung des ominösen Paragraphen. Er unterpräbt in reaktionärer Weise die Einheitlichkeit der Aufgabe der Betriebsräte.

Reichsarbeitsminister Schlicke: Der Regierungsentwurf stellt die Betriebsräte in den Vordergrund. Die Bemängelung des Vorredners trifft also nicht zu.

Der Antrag der Unabhängigen Sozialisten wird abgelehnt.

Gegen 2 Uhr tritt eine Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Um ¾4 Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt.

Zu Paragraph 8 beantragt die Deutsche Volkspartei folgenden Zusatz:

„Tarifverträge, die den Betriebsräten mehr Rechte einräumen, als dieses Gesetz, bedürfen der Zustimmung der zuständigen Arbeitsgemeinschaft."

Abg. Henke (U. S.): Bei dem Charakter der Arbeitsgemeinschaft müssen wir den Antrag der Deutschen Volkspartei ablehnen. Die Betriebsräte haben noch ganz besondere Aufgaben, die weit über die der Gewerkschaften hinausgehen. Die Gewerkschaften dürfen nicht über den Betriebsräten stehen.

Abg. Biener (Dtschnl.): Dem Betriebsobmann sollen nach § 2 die Befugnisse des Betriebsrätegesetzes zustehen, d. h. er wird in seiner Person ein weitgehendstes Recht der Mitbestimmung im Betriebe vereinigen. Unter die Wirkung dieser Bestimmung werden namentlich die Handwerksbetriebe fallen. Es muß aber anerkannt werden, daß gerade bei denen die beklagenswerten Zustände der Großbetriebe nicht bestehen. Das Handwerk arbeitet individuell, und ist in seinem Betriebe darauf eingestellt, sich seinen Nachwuchs selber heranzuziehen. Man darf nicht die Betriebsräte schematisch in das Handwerk übertragen. Die Minister fragen auch, weshalb nicht die Berufsvertretung des Handwerkes, die Handwerks- und Gewerbekammern bei Vorbereitungen dieses Gesetzes befragt worden sind. Das deutsche Handwerk hat vor, während und nach dem Kriege in vollstem Maße seine Schuldigkeit getan, und hat sich auch durch die Revolution in seinen Pflichten nicht irre machen lassen. (Beifall rechts.)

Nach Ablehnung des Antrages der Deutschen Volkspartei wird Paragraph 8 unverändert angenommen.

§ 9 wird in der Ausschußfassung angenommen.

Nach § 10 sind Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes Arbeiter und Angestellte mit Ausnahme der Familienangehörigen des Arbeitgebers. Die Unabhängigen wollen auch die Hausgewerbetreibenden als Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes betrachtet wissen.

§ 10 wird unter Ablehnung der Anträge der Unabhängigen im wesentlichen unverändert in der Fassung des Ausschusses angenommen. Ebenso die §§ 11 und 12.

Nach § 13 kann durch Verordnung der Reichsregierung für die öffentlichen Behörden und die Betriebe des Reiches, sowie für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die der Reichsaufsicht unterstehen, bestimmt werden, daß gewisse Gruppen von Beamten als Arbeiter und Angestellte im Sinne dieses Gesetzes zu betrachten sind.

Ein Antrag der Unabhängigen will diese Bestimmung für alle Beamten obligatorisch machen.

Der Antrag der Unabhängigen, sowie Anträge der Deutschen Volkspartei werden abgelehnt.

Ein Antrag der Deutschnationalen, auch die Beamtenanwärter in diesen Paragraphen einzubeziehen, wird angenommen, und damit § 13 erledigt.

§ 14 bleibt unverändert.

§ 15 umfaßt die Zusammensetzung des Betriebsrates und die Bemessung der zahlenmäßigen Stärke der Betriebsräte nach der Stärke der Belegschaft.

Nach kurzer Begründung der Anträge des Abg. Winnefeld (D. V.) und Schiele (D. N.) wird § 15 unter Ablehnung der Anträge angenommen.

Eingefügt wird auf Antrag der Mehrheitsparteien die Bestimmung, daß beim Anwachsen der Belegschaft die entsprechende Zahl von Ergänzungsmitgliedern hinzutritt.

Die §§ 16 und 17 werden nach kurzer Aussprache unverändert in der Ausschußfassung angenommen.

Nach Paragraph 18 werden die Mitglieder des Betriebsrats auf die Dauer von einem Jahr gewählt.

Die Rechtsparteien wollen die Wahldauer auf zwei Jahre festsetzen.

Die Unabhängigen verlangen, daß die Abberufung von Gewählten, die das Vertrauen der Mitarbeiter verloren haben, jederzeit durch einfache Mehrheit der Betriebsversammlung erzwungen werden kann.

Die Abänderungsanträge werden abgelehnt und Paragraph 18 in der Ausschußfassung angenommen.

Nach Paragraph 20 sind wahlberechtigt alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wählbar sind die mindestens 24 Jahre alten Reichsangehörigen, die wahlberechtigt sind, mindestens sechs Monate dem Betriebe, sowie mindestens drei Jahre dem Gewerbezweige, in dem sie tätig sind, angehören.

Abg. Kunert (U. S.) begründet einen Antrag, der das Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzt und das Erfordernis des Besitzes der bürgerlichen Ehrenrechte streichen will. Vielen Leuten, die aus Not das Strafgesetz übertreten haben, sind die Ehrenrechte abgesprochen, während Lebensmittelschieber und Massenmörder, wie Marloh und Noske, sich nach wie vor der Ehrenrechte erfreuen. (Ordnungsruf.)

Abg. Schiele (D. N.) befürwortet einen Antrag, das Wahlalter auf 20 Jahre heraufzusetzen, und beantragt hierüber namentliche Abstimmung.

Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt. Die Abstimmung über den Antrag der Deutschnationalen wird für morgen angesetzt.

Ein zu diesem Paragraphen von den Unabhängigen gestellter Antrag auf Schaffung von Soldatenräten wird abgelehnt.

Nach §§ 30 und 31 sind die Sitzungen des Betriebsrates nicht öffentlich und finden möglichst außerhalb der Arbeitszeit statt.

Auf Antrag von ein Viertel der Betriebsratsmitglieder ist ein Beauftragter der im Betriebsrat vertretenen wirtschaftlichen Arbeitnehmervereinigungen zu den Sitzungen mit beratender Stimme hinzuzuziehen.

Abg. Oberfohren (Deutschn.): Der Betriebsrat sollte aufgebaut werden auf der Grundlage selbständiger Interessenvertretungen von Angestellten und Arbeitern. Nicht durch Nivellierung, sondern durch Differenzierung sind Fortschritte zu erzielen. Wir beantragen, daß die auf Antrag von Zweidrittel der bevollmächtigten Arbeitnehmer einer Gruppe beauftragten wirtschaftlichen Arbeitnehmervereinigungen hinzuzuziehen sind.

Der Antrag wird abgelehnt.

Eine Reihe weiterer Paragraphen, bis § 37, werden im wesentlichen nach den Beschlüssen des Ausschusses erledigt.

Die Sitzung dauert um 10 Uhr abends noch an.

Nächste Sitzung: Freitag 9 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung, vorher 54 kleine Anfragen.

Die Franzosen zögern noch immer

Noch keine Gefangenen heimgekehrt!

(Von unserem hl-Sonderberichterstatter.)

Frankfurt, 15. Januar.

Die mit den Franzosen über die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen getroffenen Abkürzungen sind bis jetzt noch nicht in Kraft getreten. Die Franzosen hätten die Verpflichtung, 24 Stunden nach Ratifikation die ersten Transporte nach Deutschland abzuliefern. Jetzt sind mehr als noch einmal 24 Stunden vergangen, und es ist noch immer kein Heimkehrzug gekommen. Die Franzosen sind anscheinend doch noch nicht so weit mit den Vorbereitungen zum Abtransport gewesen. Gestern sind endlich von französischer Seite die schon lange bereitstehenden deutschen Leerzüge angefordert worden. Diese Leerzüge gehen mit deutschem Personal bis an die deutsch-französische Grenze, dort werden sie von den Franzosen übernommen. Allerdings ist bis jetzt nur ein geringer Teil der Züge angefordert worden.

Die Adriafrage gelöst

Amsterdam, 13. Januar.

Einer Reutermeldung zufolge berichtet „Daily Chronicle" aus Paris, daß die adriatische Frage gelöst worden sei. Fiume bleibt bei Italien. Der Hafen wird jedoch internationalisiert. Er wird dem Völkerbund unterstellt. Das Hinterland kommt an Jugoslawien. Italien wird jedoch die Benutzung der Bahn garantiert. Die gesamte dalmatinische Küste mit Ausnahme von Zara und einer oder zwei Inseln fällt an Jugoslawien. Ueber das Schicksal Albaniens ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Paris, 15. Januar.

Die seit einer Woche zwischen Clemenceau, Lloyd George und Nitti einerseits und der südslawischen Delegation unter Führung von Pasitsch und Trumbitsch andererseits gepflogenen Verhandlungen sind zum Abschluß gekommen. Die drei Regierungschefs unterbreiteten den serbokroatisch-slowenischen Bevollmächtigten den Entwurf eines Uebereinkommens, der von Italien gebilligt wird. Clemenceau beschwor in einer Ansprache Pasitsch und Trumbitsch im Interesse des Friedens, das Uebereinkommen anzunehmen. Sie erklärten, die Wichtigkeit der Angelegenheit zwinge sie, in Bezug darüber Bericht zu erstatten. Sie setzten sich sofort telegraphisch mit ihrer Regierung in Verbindung.

Die erste Völkerbundesratsitzung

Paris, 15. Januar.

In der morgigen ersten Sitzung des Völkerbundsrates werden für Frankreich Leon Bourgeois, für Großbritannien Lord Curzon, Griechenland Veniselos, Belgien Hymans sprechen. Von den neutralen Staaten haben ihren Beitritt zum Völkerbund erklärt Spanien, Schweden und Dänemark. Die Zustimmung Norwegens ist ebenfalls sicher; jedenfalls ist eine entsprechende Mitteilung wegen Leitungsstörungen noch nicht in Paris eingetroffen.

Lord Robert Cecil erklärte in einer Rede über den Völkerbund, daß der jetzige Bund nur eine Einleitung sei. Das Ziel sei ein Bund aller Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens.

Delbrück vor dem Untersuchungsausschuß

Berlin, 15. Januar.

Staatssekretär von Delbrück-Jena ist vor den Untersuchungsausschuß geladen worden. Seine Vernehmung dürfte noch im Laufe dieses Monats vorgenommen werden.

Das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen

Haag, 15. Januar.

Nach Newyorker Meldungen wurden im Senat erneut Erklärungen zugunsten des Selbstbestimmungsrechtes Deutsch-Oesterreichs abgegeben und gebilligt. Die Ueberzeugung, daß es den deutschen Gebieten Mitteleuropas freistehen muß, sich mit Deutschland zu vereinigen, gewinnt täglich an Boden.

Der französische Geschäftsträger für Berlin

Paris, 14. Januar.

Clemenceau empfing den französischen Geschäftsträger für Berlin, De Marcilly. Marcilly ist 53 Jahre alt. Er trat im Jahre 1892 in die diplomatische Laufbahn ein, war zuerst in Marokko, später in Peking und leitete von 1904—1912 am Quai d'Orsay das marokkanische Büro beim politischen Direktor. Im Jahre 1912 kam er als Generalkonsul nach Genua. Diesen Posten verließ er vor einigen Wochen, um sich für seinen neuen Posten vorzubereiten

(Nachdruck verboten.)

Das Spiel mit dem Tode

17] Roman von Lola Stein.

Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Duncker, Berlin.

„Sie hat sich auf das Fest gefreut, ist fertig angekleidet, lassen Sie sie doch gehen, unter meinem Schutz!"

„Unsinn," sagte er verdrießlich, „Maja ist doch kein Kind. Das Kleid wird sie eben ein anderes Mal tragen. Ich kann mich doch hier unmöglich den ganzen Abend allein langweilen. Mein Gott, Doktor, was machen Sie für ein Gesicht. Maja, möchtest du wirklich so gern?"

Seine Stimme klang finster, drohend beinahe. Die junge Frau wandte sich ab, brach in Tränen aus und verließ das Zimmer. Der Oberlandesgerichtsrat warf einen anklagenden Blick nach oben.

„Weiberlaunen! Was sagen Sie dazu, Doktor? Ist das nicht schrecklich?"

„Ich sage, daß Sie doch einen verdorbenen Abend haben werden, so oder so. Darum ist es schon besser, Sie lassen Ihre Gattin gehen."

„Nein, meine Frau geht nicht ohne mich aus."

„Hm, auch nicht unter meinem Schutz?"

„Sie haben mein ganzes Vertrauen, Doktor aber das — nein, das geht eben nicht."

„Also mißtrauen Sie mir doch!" Raoul Bronsart lächelte spöttisch. „Machen Sie sich nicht lächerlich, lieber Freund."

Der andere fuhr auf. „Was soll das heißen, Doktor?"

„Nun, ein Mann, der aus unbegründeter Eifersucht seine Frau keinen Schritt allein gehen läßt, ist in meinen Augen ein wenig lächerlich. Nehmen Sie's mir nicht übel. Ein jeder nach seiner Fasson."

Er trat dem Beite ganz nahe, sah, daß der Oberlandesgerichtsrat mit sich kämpfte, und beobachtete ihn lauernd.

Und in diesem Augenblicke fiel sein Auge auf den Nachttisch, der neben dem Bette stand. Auf der Glasplatte lag eine kleine gläserne Spritze, ein Fläschchen mit einer Flüssigkeit stand daneben. Raoul Bronsarts scharfe Augen umfaßten das Bild, er erkannte im Nu den Zusammenhang.

Ehe der Oberlandesgerichtsrat noch recht begriff, hielt er das Fläschchen in seiner Hand, öffnete den Kork und roch daran.

„Morphium," sagte er ruhig und stellte es auf das Tischchen zurück. „Sind wir schon soweit, mein Freund?"

Hermann Lindner hatte sich verfärbt. Er fühlte sich durchschaut, seine gefährlichste Schwäche, seine heimliche, verderbliche Leidenschaft den Augen dieses Mannes preisgegeben, dem nichts entgehen zu können schien.

„Sie sind auf einem gefährlichen Wege," sagte Raoul Bronsart mit eisiger Ruhe. „Sie treiben einem furchtbaren Abgrunde zu, aber das wissen Sie ja natürlich selbst."

Der Oberlandesgerichtsrat kämpfte um seine Fassung.

„Hin und wider, ganz selten eine kleine Spritze," sagte er, „Sie können als völlig gesunder Mann über solche Dinge nicht mitreden, Doktor. Sie wissen nicht, wie Schmerzen und andere Beschwerden einen plagen können."

„Aber so eine Spritze tut Wunder," sagte Bronsart. „Das weiß ich. Sie könnten also das Fest heute abend mitmachen, aber Sie wollen nicht. Nun — leben Sie wohl."

Der andere hielt des Freundes Hand zögernd in der seinen.

„Wenn Sie mir versprechen, Maja bis spätestens 1 Uhr zurückzubringen, dann will ich ihr erlauben, mit Ihnen zu gehen."

Raoul Bronsart unterdrückte die wilde Freude, die ihn durchzuckte. Er blieb ganz ruhig, ganz kühl und beherrscht. Denn er fühlte die mißtrauischen Augen des älteren Mannes durchbohrend auf seinem Antlitz. Er lächelte spöttisch.

„Also doch. Nun, ich gratuliere zu dem Entschluß. Sie sind also doch ein vernünftiger Mann."

Der Oberlandesgerichtsrat hatte geklingelt. „Raul, rufen Sie die gnädige Frau." Maja kam mit gesenkten Lidern.

„Du kannst mit Dr. Bronsart gehen, Maja. Aber komm bitte nicht später als um 1 Uhr nach Hause. Ich möchte keine ganz und gar gestörte Nacht."

Sie blickte auf, verwirrt und ungläubig. Ihre Augen eilten fragend und wie erschreckt von einem zum andern. Ihr Gatte wandte sich mürrisch ab. Dr. Bronsart sagte ganz ruhig und selbstverständlich:

„Nehmen Sie schnell Ihren Mantel um, gnädige Frau, ich hole indes Ihre Blumen von vorn. Das Auto, mit dem ich kam, wartet noch unten. Schnell, sonst versäumen wir die besten Vorträge."

„Gute Nacht, lieber Lindner, gute Besserung und auf baldiges Wiedersehen." Er nickte Lindner zu.

„Soll ich — soll ich wirklich gehen?" fragte Maja.

„Du hörtest es ja. Tue doch nicht so erstaunt, Kind, so, als ob ich ein Tyrann wäre und dir keine Freude gönnte. Gehe nur, geh, aber komm zeitig zurück."

Sie reichte ihm hastig die Hand, immer noch verwirrt und erstaunt. Dann verließ sie mit Bronsart das Zimmer.

Sie schlüpfte in ihr Ankleidegemach, Raoul ging nach vorn. Er nahm den großen Rosenstrauß Majas in die Hand und preßte sein heißes Gesicht in die kühlen Blumen.

Nun konnte er sich vieles erklären, was ihm oft seltsam erschienen war. Hermann Lindners häufige Schwäche und grenzenlose Müdigkeit, seine Verfallenheit und dann die plötzliche Frische, die an manchen Tagen an ihm so sehr überraschte. Er hatte sich oft gefragt, woher er plötzlich den neuen Zustrom an Kräften nahm. Daß er Morphinist sein könnte, hatte er niemals gedacht.

Die Tür öffnete sich, er schrak auf aus seinem Sinnen.

Maja Lindner stand auf der Schwelle.

Das Haupt war unbedeckt, über das Kleid hatte sie den Sealmantel gezogen. Die Augen, an denen noch Tränenspuren sichtbar waren, leuchteten in frohem Glanze, in einer halb glücklichen, halb beklommenen Erwartung.

„Ich bin bereit," sagte sie leise.

Da war er an ihrer Seite. „Maja, freuen Sie sich?"

„Ich verstehe das Ganze nicht. Welche Macht haben Sie über die Menschen? Ueber ihn, aber — mich?"

Er lächelte. „Lassen wir ihn. Freuen wir uns des Abends."

Und er führte sie hinab, aus dem Hause hinaus, und hob sie ins Auto.

„Zu Kroll," sagte er zu dem Chauffeur, „aber fahren Sie nicht so entsetzlich schnell. Wir haben es nicht eilig!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001161-12/fragment/page=0002

Bilder aus der Republik

„Blutsamen"

Am Montag abend hat in Braunschweig eine von Mehrheitssozialisten einberufene „Einigungsversammlung" der Parteien vom Mehrheitssozialismus nach links hinüber stattgefunden. Sie ist ergebnislos verlaufen. Die eingeladenen …eien haben aus ihr nur den Eindruck mitgenommen, daß die …ader schwach und bündnisbedürftig sind, wie Bankrotteure, die nach neuem Kredit suchen und sollte es auch bei Räubern und Mördern sein. Auf dieser Versammlung ist ein Wort gefallen, das über die Berliner Ereignisse endgültig Klarheit schafft. Der Berliner Kommunist Schönlank hat folgendes erklärt:

„Der Generalstreik in ganz Deutschland werde angestrebt. Er solle sich zum Generalaufstand auswachsen, in dem sich dann das gesamte Proletariat erheben werde. Wahrscheinlich werde das Proletariat den Kampf, der sich dann entspinnen würde, verlieren. Aber es sei notwendig, daß für fernere Zeit Blutsamen gesät werde!"

Der Blutsamen ist um den Reichstag herumgesät worden. …ch ist der Asphalt weithin mit dem Blut gerötet, das auf Ge… der Drahtzieher vergossen wurde. Zu den Schönlank und Genossen haben sich, wie nunmehr aktenmäßig feststeht, die Mitglieder der Unabhängigen Fraktion der Nationalversammlung gesellt: Frau Zietz, Herr Zubeil und Herr Braß haben, während ihr Genosse Geyer im Plenum gegen die Beschützung des Reichstagsgebäudes Protest erhob, draußen die Menge aufgestachelt, das Gebäude zu stürmen „Dieses Haus gehört dem Volke und nicht der Sicherheitspolizei. Ihr wißt, was ihr zu tun habt!" haben sie der törichten, verhetzten Menge zugerufen. Worauf hin sind die ersten Schüsse aus den Karabinern gefallen, die man den Sicherheitsmannschaften entrissen hat! Das alles ist aktenmäßig fest und ist vom Plenum der Nationalversammlung beim Beginn der Sitzung sowohl vom Reichskanzler Bauer als auch vom preußischen Innenminister Dr. Heine an der Hand der Aussagen einwandsfreier Zeugen — Herr Dr. Heine hat Frau Zietz und Herrn Zubeil selbst gesehen und gehört — in allen Einzelheiten dargelegt worden.

*

Fehrenbachs Mannesmut

Als der Reichskanzler seine Rede beendet hatte, wurde die festgelegte Rednerliste von dem Präsidenten der Nationalversammlung, Herrn Fehrenbach, willkürlich durchbrochen. Das Wort erhielt nicht der Sprecher der stärksten Fraktion des Parlaments, sondern der Unabhängige Henke zur sofortigen Entgegnung auf die Worte des Kanzlers. Um die lärmenden und tobenden Unabhängigen zu beruhigen, gab der bleiche Herr Fehrenbach diesen sichtbaren Beweis persönlichen Mannesmutes und brüstete sich damit, daß seine Verständigkeit besser sei als das Verlangen „gewisser anderer Kreise". „Wenn Feiglinge grausam werden, klingt es immer häßlich. Feigheit aber, die auf Kosten eines großen Volkes geht, wird zur jämmerlichen Verantwortungslosigkeit", bemerkt treffend die „Deutsche Tageszeitung" Doch damit nicht genug. Nach der Rede des Ministers Heine gab Herr Fehrenbach den Unabhängigen zum zweiten Mal außerhalb der Rednerliste das Wort zur Entgegnung. Diesmal haben die beiden bürgerlichen Oppositionsparteien durch die Tat bekundet, daß sie mit der Heldenschar auf den Bänken der Mehrheitsparteien nichts gemein haben wollen: sie verließen den Saal, als Herr Fehrenbach dem Abgeordneten Henke zum 2. Mal das Wort erteilte. Die Anklagen Bauers und Heines gegen die Blutschuldigen um Zietz, Zubeil und Braß sind also durch die Regierungsparteien selbst abgeschwächt worden. Herr Fehrenbach als moralischer Helfershelfer der Frau Zietz! Das ist das Bild der Sitzung, in der zu Gericht gesessen werden sollte über die blutige Tat.

*

Der unentbehrliche Belagerungszustand

Am 5. Dezember erst ist der Belagerungszustand für Groß-Berlin aufgehoben worden. Schon jetzt nach fünf Wochen hat sich die Regierung gezwungen gesehen, ihn wieder einzuführen, gleichzeitig ihn über ganz Deutschland zu verhängen. Was bedeutet das? Liegt darin nicht das Eingeständnis, daß das deutsche Volk mit dem Maß von Freiheit, das die Revolution ihm bringen sollte, nicht zu regieren ist? Freiheit! war das Hauptschlagwort, mit dem man die Massen zur Revolution aufrief. Freiheit! hat es immer wieder in all den Festreden geklungen, die die Errungenschaften der neuen Zeit feierten. Und nun sehen wir, daß die Revolutionsregierung mit kurzen Pausen die Freiheit stärker beschränken muß, als der sogenannte Obrigkeitsstaat das in Jahrzehnten tat. Der Versuch, die freie Entschließung der Volksvertretung durch den Druck der Straße zu beeinträchtigen, beweist in der Tat in gleichem Maße, daß das Volk für das revolutionäre Freiheitsmaß noch nicht reif ist, wie der Streik der Eisenbahner, die das Allgemeinwohl rücksichtslos mit Füßen treten. Kann der Egoismus einer einzelnen Gruppe sich ärger an der Gesamtheit versündigen, als wenn in heutiger Zeit die Belieferung mit Lebensmitteln und mit Kohlen unterbunden wird? Im besetzten Gebiet haben die Besatzungsbehörden geregelten Zugverkehr für ihre militärischen Zwecke erzwungen. Die Streikleitung sagte zu. So berichtet die „Kölnische Volksztg.". Die Züge liefen also. Auf der Strecke, auf der wir unsere Beobachtung machten, liefen sie samt und sonders, nur fast völlig leer. „Das Herz blutet mir," meinte der Bahnhofsvorsteher, „wenn ich diesen unnützen Verschleiß an Material mitansehen muß." Am Eingang zur Bahnhofshalle prangte ein Plakat: „Zivilpersonen werden nicht befördert. Die Streikleitung." Der „Vorwärts" schrieb gestern, es handle sich bei dem Eisenbahnerstreik im Westen um den Mißbrauch undisziplinierter Arbeitermassen durch politische Verbrecher aus den Reihen der Unabhängigen und der Kommunisten:

„Politische Verbrecher! Eine andere Bezeichnung ist nicht am Platze. Denn wer frevelhaft Leben und Gesundheit hunderttausender städtischer Einwohner, Greise, Frauen und Säuglinge, durch Abschneidung der Lebensmittel- und Milchzufuhr in ihrem Leben bedroht, ist ein Verbrecher. Schonung gegen diese Gesellen bedeutete Preisgabe der Bevölkerung. Höher als die Raublust eines Häufleins von Volksfeinden steht das Lebensrecht der Bevölkerung. Jeder Säugling, der dort drüben infolge der Sperrung der Milchzufuhr zugrunde geht, kommt auf das Gewissen der Unabhängigen und Kommunisten!"

Wirklich nur auf ihr Gewissen, nicht auch auf das derjenigen, die jahrzehntelang das Prinzip des Klassenkampfes verkündet haben, in seinem Namen für das schrankenlose Streikrecht eingetreten sind und dessen Zulässigkeit auch in denjenigen Erwerbszweigen durchgesetzt haben, wo es nur unter schwerster Schädigung höherer Allgemeininteressen zur Anwendung kommen kann? Ein „politisches Verbrechen", „eine Schurkentat" nennt der „Vorwärts" auch die Veranstaltung der Kundgebung vor dem Reichstagsgebäude. Die Regierung und ihre Organe treffe an dem Blutvergießen nicht die mindeste Schuld. Die der Sicherheitswehr gegebenen Befehle hätten auf äußerste Zurückhaltung gelautet, und sie habe auch eine wahre Lammsgeduld gezeigt. Zehn Sicherheitsbeamte hätten erst mit schweren Verwundungen vom Platze getragen werden müssen, ehe der Befehl zum Feuern gegeben worden sei. Auch ein Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes, der die Arbeiter warnt, sich durch verlogene Vorstellungen in neue Torheiten hineinreden zu lassen, sagt, die gewählten Vertreter der Arbeiter seien Augenzeugen der Vorgänge gewesen und würden bestätigen, daß die Organe der Regierung nicht früher zur Abwehr geschritten seien, als bis ihnen kein anderes Mittel geblieben wäre, sich selber und das Gebäude der Volksvertretung gegen gewalttätige Angriffe zu schützen. Es ist ja recht dankenswert, wenn der „Vorwärts" jetzt gegen die unabhängigen und kommunistischen Drahtzieher der Veranstaltung so scharfe Worte findet. Aber leider hat die Sozialdemokratie, als sie noch nicht Regierungs-, sondern Oppositionspartei war, sich derselben „politischen Verbrechen" und „Schurkentaten" schuldig gemacht. Auch sie hat gelegentlich der Wahlrechtskämpfe die Volksmassen auf die Straße und vor das preußische Abgeordnetenhaus geführt. Und wenn man jetzt den Unabhängigen vorwirft, daß sie mit solchem Druck der Straße auf die Volksvertretung undemokratisch handeln, so würden sie darauf immerhin einwenden können, daß das Mandat der heutigen Volksvertretung längst abgelaufen sei und sie keineswegs mehr ein richtiges Spiegelbild der Mehrheitsverhältnisse im Volke sei. Das kann in unseren Augen das revolutionäre Vorgehen natürlich nicht rechtfertigen, müßte es aber eigentlich in den Augen einer Revolutionspartei wie der Mehrheitssozialisten, für die der Volkswille die entscheidende Quelle aller Staatsgewalt ist.

Schuldlos ist die Regierung und die maßgebende Regierungspartei an den gestrigen Vorkommnissen auch insofern nicht, als sie durch ihre Nachgiebigkeit gegen Massenstimmung und Straßendruck die Veranstaltung derartiger Kundgebungen geradezu herausgefordert hat. Wenn am Montag abend den Vertretern der Presse regierungsseitig erklärt wurde, die Mehrheitssozialdemokratie sei geneigt, in die Opposition gegen das Gesetz einzutreten und sich damit an die Seite der unabhängigen Schwesterpartei zu stellen, die getreu ihrem Grundsatz: Alle Macht den Arbeiterräten! diesen flauen Gesetzentwurf ablehne, so war diese unsichere schwankende Haltung ja geradezu eine Einladung an die Unabhängigen, die mehrheitssozialistische „Schwesterpartei" durch geeignete Maßnahmen zu ihren Gunsten aus diesem labilen Gleichgewicht herauszubringen. Und wie Willensschwäche durchaus das überragende Charakteristikum unserer Regierung und der Regierungsparteien genannt werden kann, so spiegelte sie sich auch in dem Verhalten der Nationalversammlung leider allzu deutlich. Wie sehr fiel dieses hysterische Verhalten unserer Volksvertretung gegen die ruhige und pflichtbewußte Würde ab, mit der die französische Kammer seinerzeit in ähnlicher Lage erklärte: Die Sitzung nimmt ihren Fortgang!

Die neuen Steuergesetz-Entwürfe

III.

Körperschaftsgesetz.

§ 1. Juristische Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts, nichtrechtsfähige Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und sonstige Zweckvermögen unterliegen mit ihrem Einkommen der Körperschaftssteuer, soweit es nach dem Einkommensteuergesetze nicht oder nicht unmittelbar als Einkommen natürlicher Personen steuerbar ist.

Liegt der Sitz oder der Ort der Leitung eines Steuerpflichtigen im Ausland, so beschränkt sich die Steuerpflicht auf das Einkommen aus inländischem Grundbesitz und aus Gewerbebetrieben, für die im Inland eine Betriebsstätte unterhalten wird.

§ 2. Von der Körperschaftssteuer sind befreit:

1. Das Reich, die Unternehmungen, deren Erträge ausschließlich dem Reiche zufließen, und die Reichsbank;
2. Anstalten, die im Falle der Unzulänglichkeit der eigenen Mittel vom Reiche dauernd ganz oder teilweise unterhalten, und Stiftungen, deren Zwecke im Falle der Unzulänglichkeit der eigenen Mittel vom Reiche ganz oder teilweise erfüllt werden, soweit die Besteuerung zu einer Inanspruchnahme des Reiches führen würde;
3. die Träger der Reichsversicherung;
4. die Einkünfte der rechtsfähigen Pensions-, Witwen-, Waisen-, Sterbe-, Unterstützungs- und sonstigen Hilfskassen für Fälle der Not oder der Arbeitslosigkeit;
5. juristische Personen, denen unter Wahrung der Gegenseitigkeit nach allgemein völkerrechtlichen Grundsätzen oder denen nach besonderen mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen ein Anspruch auf Befreiung von den persönlichen Steuern zusteht.

Das steuerbare Einkommen.

§ 8. Soweit in diesem Gesetze nichts anderes vorgeschrieben ist (§§ 6 bis 8), unterliegt der Steuer der Gesamtbetrag der in Geld oder Geldeswert bestehenden Einkünfte nach Abzug der im § 9 genannten Beträge (steuerbares Einkommen). Bei den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die der gemeinschaftlichen Verwertung der eigenen Erzeugnisse der Genossen oder dem gemeinschaftlichen Einkauf von Waren ausschließlich für die Genossen dienen und anderen gleiche Zwecke verfolgenden rechtsfähigen und nicht rechtsfähigen Personenvereinigungen gelten die Geldbeträge, die unter die Mitglieder verteilt werden, als steuerbar, auch soweit sie nicht unter die Vorschrift von Satz 1 fallen.

§ 7. Als steuerbares Einkommen gelten allgemein nicht:

1. einmalige Vermögensanfälle in Form von Erbschaften, Vermächtnissen und Schenkungen im Sinne des § 40 des Erbschaftssteuergesetzes;
2. Bezüge aus öffentlichen Mitteln oder aus Mitteln einer Stiftung, die als Unterstützungen für Zwecke der Erziehung, des Unterrichts, der Ausbildung, der Wissenschaft oder der Kunst bewilligt sind;
3. Gewinne, die durch Veräußerung von Gegenständen erzielt worden sind, die nach § 8 des Besitzsteuergesetzes vom 3. Juli 1913 (RGBl. S. 524) zum nicht steuerbaren Vermögen gehören, es sei denn, daß sie in der Absicht der Wiederveräußerung erworben worden sind;
4. Gewinne, die durch Veräußerung von Grundstücken erzielt worden sind, es sei denn, daß die Grundstücke erst innerhalb der letzten 10 Jahre oder zum Zwecke der Wiederveräußerung erworben worden waren. Bei einem Erwerb im Sinne der Nr. 1 wird die Besitzzeit des Rechtsvorgängers hinzugerechnet;
5. gesellschaftliche und genossenschaftliche Einlagen sowie Beiträge der Mitglieder von Personenvereinigungen.

§ 8. Als steuerbares Einkommen gelten ferner nicht:

1. bei den Ländern, Gemeinden und anderen Körperschaften, Anstalten, Stiftungen und Zweckvermögen des öffentlichen Rechts die Einkünfte der Unternehmungen, die vorwiegend im öffentlichen Interesse betrieben werden, sowie der Nutzungswert der Grundstücke, Gebäude und nutzbaren Rechte, die der Verwaltung oder sonstigen öffentlichen oder gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken dienen.
2. bei den inländischen Kirchen und öffentlich-rechtlichen kirchlichen Körperschaften und Anstalten und den sonstigen kirchlichen Zwecken dienenden rechtsfähigen und nichtrechtsfähigen Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und Zweckvermögen die für diese Zwecke laufend oder sonst unmittelbar verwendeten Einkünfte, ferner die Einkünfte der Kirchenbauvereine. Den Kirchen stehen die sonstigen als Körperschaften des öffentlichen Rechtes anerkannten inländischen Religionsgesellschaften, ihre wesentlichen Zwecke den kirchlichen Zwecken gleich:
3. die Einkünfte der inländischen rechtsfähigen und nichtrechtsfähigen Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und Zweckvermögen, die satzungsgemäß ausschließlich gemeinnützigen oder wohltätigen Zwecken zugeführt werden;
6. die auf Grund der Jahresabschlüsse an Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates, an Angestellte und Arbeiter als Entschädigung oder Belohnung für ihre Tätigkeit gereichten Vergütungen jeder Art;
7. Zuwendungen an Unterstützungs- und Pensionskassen des Betriebes, wenn die dauernde Verwendung für die Zwecke der Kassen gesichert ist;
8. bei Kommanditgesellschaften auf Aktien der Teil des Gewinns, der an persönlich haftende Gesellschafter auf ihre nicht auf das Stammkapital gemachten Einlagen oder als Vergütung (Tantieme) verteilt wird;
9. bei Erwerbsgesellschaften, die nachweislich seit Beginn des der Veranlagung zugrunde gelegten Geschäftsjahres mindestens ein Fünftel der gesamten Aktien, Kuxe, Anteile und Genußscheine einer anderen Erwerbsgesellschaft besitzen, die hierauf entfallenden Gewinnanteile jeder Art.

§ 9. Vom Gesamtbetrage der Einkünfte sind, soweit in diesem Gesetze nichts anderes vorgeschrieben ist, abzuziehen:

1. die zu ihrer Erwerbung, Sicherung und Erhaltung gemachten Aufwendungen (Werbungskosten). Zu den Werbungskosten gehören auch:
   a) Ertragssteuern sowie solche öffentlichen Abgaben und Beiträge zur Versicherung von Gegenständen, welche zu den Geschäftsunkosten oder Verwaltungskosten zu rechnen sind;
   b) die regelmäßigen jährlichen Absetzungen für Abnutzung von Gebäuden, Maschinen und von beweglichem Betriebsinventar, soweit nicht die Kosten für die Ersatzbeschaffung als Werbungskosten abgezogen werden;
   c) bei Bergbauunternehmungen, Steinbrüchen und anderen, einen Verbrauch der Substanz bedingenden Betrieben die Abschreibungen für die Substanzverringerungen;
2. die von dem Steuerpflichtigen gezahlten Schuldzinsen und die auf besonderen privatrechtlichen, öffentlich-rechtlichen oder gesetzlichen Verpflichtungsgrunde beruhenden Renten und dauernden Lasten, soweit sie nicht der Erfüllung stiftungs-, fassungs- oder sonstiger verfassungsmäßiger Zwecke dienen;
3. Beiträge zu den gesetzlichen Berufsvertretungen;
4. bei einzelnen Veräußerungsgeschäften (§ 11 Nr. 5 des Einkommensteuergesetzes) erlittene Verluste, es sei denn, daß im Falle der gewinnbringenden Veräußerung der Gewinn nicht zum steuerbaren Einkommen gehört (§ 7 Nr. 3 und 4).

Der Steuertarif.

§ 12. Die Steuer beträgt 10 Prozent des steuerbaren Einkommens.

§ 13. Bei den Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, bergbautreibenden rechtsfähigen Vereinigungen und nichtrechtsfähigen Bergewerkschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, ferner bei sonstigen Personenvereinigungen mit wirtschaftlichem Geschäftsbetriebe, deren Zweck die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile für sich oder ihre Mitglieder ist, mit Ausnahme der im § 5 genannten Steuerpflichtigen Erwerbsgesellschaften), beträgt die Steuer:

wenn das steuerbare Einkommen		
3 Proz. des Vermögens nicht übersteigt	10 Proz.	12 Proz.
4½ „ „ „ „ „	11 „	13 „
6 „ „ „ „ „	12 „	14 „
8 „ „ „ „ „	13 „	16 „
10 „ „ „ „ „	14 „	18 „
12 „ „ „ „ „	15 „	20 „
14 „ „ „ „ „	16 „	22 „
16 „ „ „ „ „	17 „	24 „
18 „ „ „ „ „	18 „	26 „
20 „ „ „ „ „	19 „	28 „
wenn es mehr als 20 Proz. des Vermögens beträgt	20 „	30 „

Zu dem verteilten Einkommen gehören auch die Rückzahlungen von Grund- und Stammkapital und Geschäftsanteilen, zu dem nichtverteilten Einkommen auch die zur Tilgung von Schulden, zur Verbesserung und Erweiterung des Geschäfts verwendeten Beträge.

§ 14. Vermögen im Sinne des § 13 ist das gesamte im Betrieb arbeitende Vermögen nach dem Stand am Jahresschluß unter Abzug der Schulden.

Zum Vermögen im Sinne dieser Vorschrift gehört nicht das Vermögen von Unterstützungs- und Pensionskassen, dessen dauernde Verwendung für diese Zwecke gesichert ist.

§ 16. Den Maßstab der Besteuerung bildet das Einkommen des Wirtschaftsjahres (Geschäftsjahres), das der Steuerpflichtige für die Feststellung seines Einkommens angenommen hat, in Ermangelung eines solchen das Einkommen des Kalenderjahres. Das Geschäftsjahr muß für das gesamte Einkommen einheitlich sein; seine Ergebnisse sind in einheitlicher Rechnung zusammenzufassen. Die Reihenfolge der Geschäftsjahre darf nicht unterbrochen werden.

§ 17. Die Veranlagung erfolgt nach Ablauf des maßgebenden Geschäfts- oder Kalenderjahres. Erlischt die Steuerpflicht nach Ablauf des Kalenderjahres, so erfolgt die Veranlagung nach ihrem Erlöschen.

§ 22. Jeder Steuerpflichtige ist nach näherer Anordnung des Reichsministers der Finanzen zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet. Die zur Abgabe der Steuererklärung für die Länder zuständigen Behörden und Beamten werden von der Landeszentralbehörde bestimmt.

§ 29. Die erste Veranlagung zur Körperschaftssteuer erfolgt auf Grund des Einkommens, da in dem im Kalenderjahr 1920 ablaufenden Geschäftsjahr, in Ermangelung eines besonderen Geschäftsjahrs auf Grund des Einkommens, das im Kalenderjahr 1920 erzielt worden ist.

Chaotische Zustände in der Reichssteuerverwaltung. Die Uebertragung der Steuerverwaltung auf das Reich sowie die Einrichtung der Landesfinanzämter sollte bereits zum 1. Oktober 1919 erfolgen. Wie eine Nachrichtenstelle mitteilt, ist diese Organisation aber zurzeit in keiner Weise beendet. Man sagt nicht zu viel, wenn man behauptet, daß tatsächlich ein chaotischer Wirrwarr herrscht. Die Beamten wissen vielfach nicht, welche Tätigkeit sie ausüben sollen, da es ihnen an Zuteilung der nötigen Arbeit und Instruktionen fehlt. Zudem sind die Abteilungsleiter zum großen Teil noch nicht ernannt, so daß von einer geordneten Uebergabe der Geschäfte nicht die Rede sein kann. So müssen sich die Beamten schlecht und recht mit den alten Bestimmungen behelfen. Diese Verhältnisse eröffnen die traurigsten Aussichten für die Uebernahme der Staatseisenbahnen auf das Reich, bei der mit gleicher Ueberstürzung und Planlosigkeit vorgegangen werden müßte, wenn die Uebernahme bereits zum 1. April erfolgen soll. Derartige dilettantische und demagogische Experimente können die deutschen Verkehrsverhältnisse nicht vertragen, ohne völlig zusammenzubrechen!

Der gute Ton im „Vorwärts". Das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie stellt einen Artikel des Herrn v. Graefe, der sich mit der Auslieferungsfrage befaßt, zusammen mit der durch die Blätter gegangenen Notiz über die Auslieferung von 26 000 Hunden an Frankreich und schreibt dazu:

Was ist nun schlimmer für Deutschland? Ob wir Herrn v. Graefe-Goldebee oder ob wir 26 000 Hunde los werden? Die Frage ist nicht schwer zu beantworten.

Man wird in Leserkreisen staunen über das Maß von gutem Geschmack, das hier vom „Vorwärts" entwickelt wird, und fragen, ob dem etwa auch ein Kabinettsbeschluß zugrunde liegt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001161-12/fragment/page=0003
DFG

Halle und Umgebung

Halle 16. Januar.

Aus dem Haushaltungsausschuß

Dreiviertel Million Mehrbedarf für das städtische Armen- und Fürsorgewesen.

Der Etat des städtischen Armenwesens ist jetzt bereits um 382 000 Mk. überschritten worden. Bis zum Schluß des Rechnungsjahres werden weitere 400 000—450 000 Mk. zur Deckung des nötigsten Bedarfs erforderlich sein. Diese Ausgabensteigerung ist dadurch bedingt, daß im Laufe des Jahres die Bedarfssätze mehrmals erhöht werden mußten, und daß die Pflegesätze für die Unterbringung von Kindern bei Privaten gleichfalls erhöht wurden. — Die Pflege der Kinder in den Heilanstalten hat einen Mehraufwand von 50 000 Mk. erfordert. Dies rührt daher, daß die Zahl der zu behandelnden Kinder erheblich gestiegen ist. — Einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung entsprechend, soll eine Vermehrung der Stellen für Säuglinge geschaffen werden. Der Magistrat sieht vor, daß das Säuglingsheim im Emilienheim der Bethcke-Lehmann-Stiftung um 20 Betten vermehrt wird. Zu diesem Zweck soll die Lesehalle umgestaltet und eingerichtet werden, während die Lesehalle in das Hauptgebäude verlegt werden soll. Für bauliche Veränderungen sind 9300 Mk., für Beschaffung der Einrichtungsgegenstände 18 000 Mk. erforderlich. Das Geld soll den Mitteln der Stiftung, und zwar dem für das Jugendheim reservierten Kapital entnommen werden.

Während den Führern, Weichenstellern und anderen Beamten der städtischen Straßenbahn, die früher im Dienst der Privatgesellschaften waren, ihre frühere Dienstzeit als städtische Dienstzeit angerechnet wird, ist dies bei den Oberführern, bei dem Werkstatt- und Büropersonal noch nichcht der Fall. Ihnen soll jetzt die gleiche Vergünstigung zuteil werden. Hierbei wurde aus der Versammlung angeregt, diese Vergünstigung auch auf das Personal des Stadttheaters auszudehnen. — Die 20 neuen Motorwagen, und die 40 Anhänger, die die Stadt bei der Waggonfabrik Wismar bestellt hatte, sollten ursprünglich mit einem Ersatzlackanstrich versehen werden. Jetzt besteht die Möglichkeit, die Wagen mit Friedenslack zu streichen. Dafür sind insgesamt 55 000 Mk. über den vereinbarten Preis hinaus nötig. Die Summe wurde bewilligt.

Der Etat der Stadtentwässerung ist mit insgesamt 55 000 Mark infolge von Lohnerhöhungen und Steigerung der Materialpreise überschritten worden. Die Summe wurde nachbewilligt.

Dem Gesuch zweier Beamtengruppen um Beförderung konnte nicht entsprochen werden. Dagegen wurde dem Magistrat empfohlen, besonders tüchtige Anwärter auch ohne Prüfung in höhere Stellen zu befördern. Dieser Grundsatz soll nicht nur für den gegenwärtigen Fall, sondern dauernd Geltung haben.

Der Ferchlandt-Prozeß

Die Zeugen Klaus und Hartung werden nicht vereidigt, weil dem Gericht ihre Aussagen nicht glaubwürdig genug erscheinen; bei Hartung um so mehr, als er sich der Mittäterschaft verdächtig gemacht hat.

Der Zeuge Steinfelder soll am 9. Januar 1919 abends vor der „Halleschen Zeitung" mit Ferchlandt im Auto gesehen sein, als dieser nach der Artillerie-Kaserne fahren wollte. Er, der Zeuge, gibt an, um diese Zeit an der „Goldenen Kugel" gestanden und zu den Mannschaften gerufen haben: „Alles hört auf mein Kommando!" Um sich Nachdruck zu verschaffen, hat er mit einer Leucht-Pistole schießen wollen, zum Signal, wenn es „losgehen" soll (und zwar durch eine rote Patrone). Er hat aber leider bemerkt, daß er keine Patronen hatte. Der Zeuge Weider sagt aus, daß er sechs Leuchtpatronen herausgegeben hat, wovon eine für Steinfelder durch einen Matrosen geholt ist. Steinfelder will dennoch keine solche erhalten haben, sondern nur eine Gas-Patrone, womit er nicht feuern konnte, weil sonst die Matrosen in Gasschwaden geraten wären. — Zeuge Bode bekundet, daß er von einem Anmarsch von Arbeitern auf den „Wetiner Hof" zu gehört und den ganzen Tag über Lastautos und Straßenbahnwagen mit Leuten aus dem „Wettiner Hof" gesehen hat. —

Nachdem Zeuge Paetz auf seine früher gemachten Aussagen vereidigt ist, wird auf Antrag des zuständigen Beisitzers die Verhandlung auf Freitag, 9 Uhr, vertagt, da dieser erst die Akten sichten und für die noch notwendigen Beweiserhebungendie zuverlässigsten Zeugen bestimmen muß.

— **Klavierabend G. von Brucken-Fock.** Auf den heute (Freitag), abends ½8 Uhr, im Saale der „Loge zu den fünf Türmen" stattfindenden Klavierabend des beliebten Pianisten von Brucken-Fock wird nachmals aufmerksam gemacht. Karten sind auch noch an der Abendkasse erhältlich.

ii. **Das Hochwasser der Saale** hat fast die Höhe von 1909 erreicht. Die gelbbraunen Wassermassen des Stromes führen viel Holzscheite und Geröll mit sich. Die Passendorfer Wiesen, Passendorf selbst sowie die Durchlässe nach der Landesheilanstalt und Nietleben sowie die Peißnitzinsel sind völlig überschwemmt. Die Talstraße und der Weg vom Weinberg nach der Landesheilanstalt sind unpassierbar, der Verkehr mit Halle erfolgt über Cröllwitz oder aber per Bahn. Die Pfännerschaftliche Kohlenbahn mußte ihren Betrieb einstellen. Viel niedrig gelegene Keller stehen unter Wasser. Die Saaten in den überschwemmten Auenfeldern sowie auch das Wild erleiden Schaden.

Familien-Nachrichten.

Geburten. Studienassessor Erich Tönnigs und Frau Lonny-Mathilde geb. Jordan (Sohn). — Willy Fritsche und Frau Helme geb. Fischer (Sohn), Dornstedt.

Todesfälle. Am 14. Januar Barbierherr Hermann Ehricke im 74. Lebensjahr. — Am 14. Januar Amalie Finger im 81. Lebensjahr. — Am 14. Januar verw. Gerichtsvollzieher Emilie Bohnenstengel im 60. Lebensjahr. — Am 14. Januar Marie Zengerling im 57. Lebensjahr. — Am 13. Januar Anna Reinsberger.

Provinz Sachsen

— **Salzmünde**, 15. Jan. (Ein Stier aus dem Stalle gestohlen. — 2000 Mark Belohnung.) In der Nacht zum 14. Januar ist auf dem Boltzeschen, früher Klapprothschen Gute zu Schochwitz ein rot und weiß gezeichneter Stier im Alter von ungefähr drei Jahren und etwa drei Zentnern schwer, aus dem Stalle gestohlen worden. Für zweckdienliche, zur Ermittelung und gerichtlichen Bestrafung des oder der Spitzbuben führenden Angaben hat der Geschädigte 2000 Mark Belohnung ausgesetzt.

l. **Bernburg**, 15. Jan. (Grubenunglück.) Auf der Gewerkschaft Ilberstedt brach ein großes Stück Steinsalz los und traf mehrere Arbeiter. Der Drittelführer Friedrich Wunderlich aus Nathmannsdorf wurde mit schweren Verletzungen in das hiesige Kreiskrankenhaus gebracht. Dort ist er alsbald verstorben.

l. **Walternienburg**, 14. Jan. (Tötlicher Unfall.) Der 17jährige Bursche Schulze von hier stürzte vom Wagen und geriet unter die Räder, die über seinen Kopf hinweggingen. Er war sofort tot.

l. **Genthin**, 15. Jan. (Einer ganzen Verbrecherbande) ist man hier auf die Spur gekommen. Dem Besitzer Bräsecke waren fünf bis sechs Zentner Fleisch- und Wurstwaren, zumeist Bekannten gehörend, die dort räuchern ließen, gestohlen worden. Die Räucherwaren fand man in Säcke verpackt in einer Buschmiete im Walde versteckt vor. Es konnten fünf Personen verhaftet werden, die auch mehrere andere Diebstähle eingestanden. Als man bei dem Arbeiter Kaschmirschak eine Haussuchung vornahm, fand man dort den schon seit mehreren Tagen von der Polizei gesuchten Arbeiter Hübner. Als man ihn verhaften wollte, schoß er sich eine Kugel in den Kopf; an den Folgen der schweren Verletzung starb er im Krankenhause. Der verhaftete Maler Zimmermann, der den „wilden Mann" zu spielen versuchte, wurde nach Magdeburg transportiert. Zuvor hatte man ihn dem überfallenen jungen Mann aus Altbensdorf gegenübergestellt; der letztere glaubt in Zimmermann den Wegelagerer zu erkennen. Inwieweit Zimmermann und Hübner an dem Mord an Dr. Frantz beteiligt sind, wird die Untersuchung ergeben.

„H. Z." Sportberichte

— **Gautag der Schwimmer in Halle.** Am Sonnabend und Sonntag findet im „St. Nikolaus" eine Tagung des Gaues 4 (Reg.-Bez. Merseburg und Anhalt) im Kreise 3 des Deutschen Schwimmverbandes statt. Die Veranstaltung liegt in den Händen des Halleschen Schwimmvereins von 1902. Wir wünschen den Verhandlungen guten Erfolg zur Förderung der edlen Schwimmerei. Daß diese noch längst nicht den Platz einnimmt, der ihr gebührt, erhellt aus der Tatsache, daß in dem ganzen großen Bezirk nur 15 Schwimmvereine bestehen. Neu hinzugekommen ist der S.-V. Saale Halle von 1919. Die neugegründete Schwimm-Abtlg. des V. f. L. Halle hat sich dem Verbande noch nicht angeschlossen. Wenn alle drei Halleschen Vereine an der Erfüllung ihrer Aufgaben zielbewußt arbeiten, dürfte die Schwimmsache in Halle onch eine große Zukunft haben.

— **Im Halleschen Sport** machen sich erfreulicherweise jetzt Einigungsbestrebungen geltend. So beabsichtigen Sportklub Komet 09 und H. F. C. Preußen am Freitag, abends 6 Uhr, im „Goldenen Schiffchen" in außerordentlicher Generalversammlung ihre Vereinigung durchzuführen. Die großen Vorteile liegen auf der Hand. Verbilligung der Vereinsleitung, Vereinigung der Spielplätze und Hebung der Spielstärke kommen dem neuen Verein zugute. Vielleicht bietet sich damit auch die Möglichkeit zur Anstellung eines eigenen Sportlehrers.

— **Hockey-Städtespiel Halle-Dessau-Magdeburg.** Am 31. Januar und 1. Februar tagt in Magdeburg der Kreistag der Provinz Sachsen im Mitteldeutschen Hockeyverband. Am 1. Februar, 10 Uhr vormittags, findet dort das Städtespiel als Propagandaspiel statt. Am Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 2 Uhr wird dazu hier auf der Peißnitz ein Auswahlspiel vom V. f. L. und Hockeyvereinigung sowie Dessau vor sich gehen, nach dem die Mannschaft zusammengestellt werden soll. Ein gutes Spiel steht zu erwarten.

— **Die Reise der V. f. L.-Hockeymannschaft nach Magdeburg** zum Jubiläumsspiel am vergangenen Sonntag nahm trotz der sehr ungünstigen Bodenverhältnisse einen zufriedenstellenden Verlauf. Obwohl durch Ersatz stark geschwächt, konnte Halle ein ebenbürtiges Spiel zeigen. Das Resultat lautete 0 : 0.

— **Der V. f. L.** ladet zu Freitag abend um ½8 Uhr zu einer Besprechung im Klubhaus am Zoo für das Mitte Februar geplante Schau-Training Angehörige sämtlicher Abteilungen ein, die gewillt sind, sich an dem Training zu beteiligen.

— **Die Meisterschaft von Norddeutschland im Ski-Springen** gewann Friedrich-Braunlage bei den großen Ski-Wettkämpfen in Braunlage (Harz) mit einem Sprunge von 23,90 m. Am gleichen Tage wurde die Sprungmeisterschaft des Oberharzer Ski-Klubs ausgetragen. Der erst 19 Jahre alte Wagner-Braunlage erreichte hier 22,70 m und sicherte sich damit den Sieg. Wagner hatte am Vortage auch den Langlauf über 12 Kilometer gewonnen.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte

(Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.)

Die Festigkeit, die bereits die verflossene Woche auszeichnete, machte während des Berichtsabschnittes auf einzelnen Gebieten weitere Fortschritte. Weder der Eisenbahnerstreik noch die sonstigen Meldungen über eine Gärung in Arbeiterkreisen vermochten der Bewegung Einhalt zu tun. Zwar nahmen Kohlenwerte an der Bewegung nur in bescheidenerem Maße teil. In schweren Werten war das Angebot etwas williger, trotzdem fanden sie in sämtlichen hierher gehörigen Werten zu guten Preisen schlanke Aufnahme. Von Mittelwerten erzielten Heinrich und Johann-Deimelsberg erhebliche Kursaufbesserungen und behaupteten sich auf ihrem erhöhten Stande leicht. Große Käufe fanden in Hermann I/III statt, die ihren Kurs um etwa 800 M. erhöhen konnten, wobei wiederum auf Ankaufsgerüchte hingewiesen wurde. In den letzten Tagen wurden Trier, die bis dahin vernachlässigt wurden, um etwa 500 M. gesteigert. Sehr bedeutende Umsätze fanden in linksrheinischen Unternehmungen statt. Vorübergehend überschritten Diergardt den Preis von 13 000 Mark und Wilhelmine-Mevissen wurden bis etwa 12 800 M. bezahlt. Beide schwächten sich aber im weiteren Verlauf des Verkehrs etwas ab. In ganz bedeutenden Mengen wurden Moers Kuxe von guten Seiten gekauft. Das verfügbare Material in den Kuxen fand schlanke Aufnahme. Braunkohlenkuxe lagen fest. Bevorzugt wurden alle mitteldeutschen Werte, weiterhin Schallmauer und Oslanssegen. Am Kalimarkte herrschte stürmisches Geschäft. In großen Beträgen wurden Neustaßfurt bis etwa 43 500 M., Glückauf-Sondershausen bis 39 800 M., Bergmannssegen bis 22 500 M., Carlsfund bis 16 000 M., Einigkeit bis 18 500 M., Hugo bis 21 800 M., Hohenfels bis 16 000 M., Siegfried I bis 14 700 M., Wallbeck bis 10 700 M., Salzmünde bis 11 700 M., Wilhelmshall bis etwa 28 000 M., Wintershall bis 92 000 M. usw. bezahlt. Ein sehr lebhafter Besitzwechsel entwickelte sich weiter in Mittelwerten, von denen Friedrichroda einen Stand von 5000 M. erreichten und Hermann II diesen Kurs überschritten. Weiterhin wurden Rothenfelde, Walter, Irmgard, die Finnewerte, Carlshall und viele andere mehr stark gekauft, wie überhaupt das Geschäft sich auf sämtliche Werte des Kurszettels erstreckte. Von Kaliaktien stellten sich Hallesche Kaliwerke um etwa 20 Prozent, Adler Kaliwerke um etwa 15 Prozent, Sigmundshall Aktien um etwa 30 Prozent, Steinförde Aktien um etwa 20 Proz. höher. In den übrigen Werten hielten sich die Steigerungen in bescheidenen Grenzen.

Aktiengesellschaften

✱ **Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei.** In der gestrigen außerordentlichen Generalversammlung waren 424 800 Mark Aktien mit 708 Stimmen vertreten. Die Versammlung hatte über die Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft um 1,8 auf 3,6 Millionen Mark zu beschließen. In der Begründung des Antrags wurde ausgeführt, daß die Gehälter, Löhne und Materialunkosten derart gestiegen sind, daß das jetzige Kapital nicht mehr ausreicht um den Betrieb durchzuführen. Ferner wird beabsichtigt, das Unternehmen, wenn wieder bessere Zeiten eingetreten sein werden, zu erweitern. Das dazu notwendige Grundstück befindet sich schon im Besitz des Unternehmens. Die Generalversammlung beschloß einstimmig die Erhöhung. Es sollen 1500 Stück neue Aktien über je 1200 M. ausgegeben werden. Die neuen Aktien übernimmt ein Bankkonsortium […] Kurse von 120 Proz. mit der Verpflichtung, zwei Drittel da[…] den Inhabern der alten Aktien zum gleichen Kurse dergestalt […]zubieten, daß innerhalb einer Ausschlußfrist von mindest[…] 14 Tagen auf nom. 1800 M. alte Aktien nom. 1200 M. ne[…] Aktien bezogen werden können. Das restliche Drittel hat […] Bankkonsortium bestmöglich zu verwerten. Von dem hierbei […]zielten Gewinn entfallen 60 Prozent an die Gesellsch[…] 40 Prozent an das Bankkonsortium. Die neuen Aktien lau[…] auf den Inhaber und nehmen vom 1. Januar 1920 ab an […] Dividende teil; ihre Zulassung an der Berliner und Hallesch[…] Börse soll beantragt werden. Der Gesellschaftsvertrag ist e[…]sprechend abgeändert. Ueber den Verlauf des Geschäftsjahr[…] wurde mitgeteilt, daß das vergangene Jahr Grund zu der Ho[…]nung gibt, daß kein schlechtes Ergebnis erzielt worden ist. […] überall ist auch das Unternehmen in der Lage gewesen, Bestän[…] aufzuarbeiten und die Lager voll zu verwerten. Infolge […] andauernden Preis- und Lohnerhöhungen und Materi[…]beschaffungsschwierigkeiten sei eine genaue Kalkulation unmögl[…] Sehr große Schwierigkeiten bereite dem Werke die Koksbelief[…]rung für die Gießerei, die bereits einmal habe stillgelegt werd[…] müssen. Auch der Auftragseingang befriedige durchaus, so […] der Ertrag einigermaßen gut genannt werden kann. Ueber […] Höhe der Dividende lasse sich jedoch nichts genaues sagen. Ue[…] die Zukunftsaussichten ist nichts Positives zu sagen. Gehen […]stellungen und Ablieferungen so weiter und wird die Kohlen- […] Koksbelieferung besser, als sie bisher gewesen ist, so könne m[…] wenigstens in dieser Richtung hin ein beruhigendes Urteil […]geben.

Die Voigtländer u. Sohn Akt.-Ges. in Braunschweig schla[…] 10 Proz. (i. V. 0) Dividende vor.

Hafernotierungen:

Berlin, 15. Jan. Inländischer Hafer, für 1000 kg in Ma[…] loko ab Speicher frei Wagen —,—, loko ab Bahn 28,80 […] sofortige Abladung ab Ladestationen 2860—2880 Mk. Tendenz: […]

Auszahlungen.

Berlin, 15. Januar.

	Geld	Brief
Holland	2068,50	2070,50
Dänemark	984,25	985,75
Schweden	—,—	—,—
Norwegen	—,—	—,—
Schweiz	989,25	990,75
Oesterreich	26,70	26,80
Oesterreich abgst.	22,70	[illegible]
Prag	76,65	[illegible]
Ungarn	26,45	[illegible]
Spanien	1059,25	[illegible]
Finnland	201,75	[illegible]

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte	
4½% Deutsche Schatzscheine VI–IX	73,10
5% Deutsche Reichsanl.	77,50
4 " "	64,40
3½ " "	58,30
3 " "	65,25
4 Preuss. Konsols	64,25
3½ " "	56,10
3 " "	[illegible]
4 Charl. Stadtanl. 89/99	94,25
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	91,10
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	99,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	100,10
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	—,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	90,50
4 " "	—,—
Ausländ. Werte	
4 Oesterr. Kron.-Rente	24,50
4 Ungar. Gold-Rente	67,75
4 Ungar. Kronen-Rente	32,—
Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	—,—
Halle-Hettstedter	68,00
Schantungbahn	[illegible]
Allg. Lokal-Str	129,75
Gr. Berl. Str.	127,50
Magdeburger Str.-B.	150,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—,—
Orientbahn	435,—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	137,—
Hambg.-Südamerika	225,00
Hansa-Dampfschiff	410,00
Nordd. Lloyd	153,50
Banken:	
Bank für Thür.	137,50
Berl. Handelsges.	167,50
Comm u. Diskontobank	139,—
Darmstädter Bank	126,—
Dess. Landesbank	110,—
Deutsche Bank	276,50
Diskonto-Comm.	189,75
Dresdner Bank	162,00
Credit-Anst. Leipzig	144,7/8
Mitteld. Kreditbank	132,—
Privat-Bank	126,50
Nationalbank	130,5/8
Oesterr. Kredit	112,—
Reichsbank	143,3/8
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	260,—
Akt. f. Anilin	285,—
Allgem. Elektr.-Ges.	259,—
Ammendorfer Papierf.	590,00
Anhalter Kohlenw.	245,—
Annaberger Steingut	280,—
Badische Anilin	449,—
Bergmann-Elekt.-Akt	215,—
Berl. Masch.-Bau	257,75
Bismarckhütte	334,75
Bochumer Gußstahl	284,—
Chem. Fabrik Buckau	522,—
Chem. Griesheim	255,—
Chem. v. Heyden	[illegible]
Consolidation Schalke	400,—
Cröllwitzer Papierfabr.	—,—
Daimler-Motoren	280,—
Deutsch-Luxemburg	259,50
Deutsche Uebersee-El.	760,—

Deutsche Erdöl	555,—
Deutsche Gasglühl.	510,—
Deutsche Kali	298,50
Deutsche Waff. u. Mun.	269,—
Donnersmarkhütte	298,—
Döring u. Lehrmann	171,—
Dürkoppwerke	380,—
Elberfelder Farben	330,—
Engelhard Brauerei	245,75
Felten u. Guilleaume	293,—
Gasmotoren Deutz	169,50
Gebhardt u. Co.	—,—
Gebhardt u. König	195,—
Gelsenkirch. Bergb.	304,75
Glauziger Zuckerfbr.	[illegible]
Hallesche Masch.-Fabr.	499,—
Hann. Masch.	425,—
Harpener Berg	383,00
Hasper Eisen	306,—
Hirsch Kupfer	299,00
Höchster Farbw.	301,50
Hoesch Eisen u. Stahl	335,—
Hohenlohe-Werke	195,—
Humboldt-Masch.	200,—
Ilse-Bergbau	420,—
Kahla-Porzellan	464,—
Kaliw. Aschersleben	301,—
Körbisd. Zucker-Akt.	243,—
Kyffhäuserhütte	272,—
Lahmeyer u. Co.	160,—
Landw. Bank d. Pr. Sa.	—,—
Lauchhammer	222,—
Laurahütte	—,—
Lingel, Erfurt	253,—
Linke u Hofmann	428,—
Ludwig Loewe u. Co.	285,—
Lothringer Hütte	271,50
Mannesmannröhren	294,—
Maschinenfabr. Buckau	190,—
Oberschl. Eisenb.-Bed.	226,25
do. Caro Heg.	252,—
do. Kokswerke	335,—
Orenstein u. Koppel	200,—
Phönix-Bergb.	320,—
Rhein. Metall-Vorz.	215,—
Rhein. Stahlwaren	256,—
Riebeck. Montan	315,50
Rombacher Hütten	260,—
Rositzer Braunk.	306,—
Rositzer Zucker	181,—
Sangerhäuser Masch.	—,—
Hugo Schneider u. Co	230,50
Schuckert u. Co.	184,—
Siemens u. Halske	269,—
Stettiner Chamotte	263,—
Stettiner Vulkan	240,—
Stollberger Zinkh.	263,75
Strals. Spielkarten	156,—
„Terra", Samen-A.-G.	254,—
Thale-Eisenhütte	349,50
Triptis-Akt.-Ges.	215,—
Türkische Tabakregie	1100,—
Ver. Köln-Rottweiler	—,—
Glanzstoff Elberf.	855,—
Wegelin u. Hübner	178,—
Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Westeregeln-Alkali	380,—
Wittener Gußstahl	335,—
Wrede-Mälzerei	117,—
Zeitzer Masch.	308,—
Zellstoff Waldhof	316,—
Otavi-Minen	545,75

Tendenz: fest.

Gewinn-Auszug der 15. Preuß.-Südd. (241. Preuß.) Klassen-Lotterie

1. Klasse. 2. Ziehungstag. 14. Januar 1920.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 50 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 10000 M 27422
2 Gewinne zu 3000 M 184742
2 Gewinne zu 400 M 121732
10 Gewinne zu 300 M 26483 62959 71360 99594 102756
20 Gewinne zu 200 M 27473 42405 60833 127435 173981 175186 180318 199389 202324 213897
64 Gewinne zu 100 M 2308 12034 15702 12767 17305 30968 32655 37374 44774 52908 56641 61529 65424 67396 101605 101871 103184 106333 110010 110911 112092 117782 122954 137705 145876 149018 157493 175100 183731 195408 199675 210927

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 50 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 50000 M 93596
4 Gewinne zu 1000 M 107726 211599
2 Gewinne zu 500 M 141057
10 Gewinne zu 400 M 26771 131660 147525 181618 206475
8 Gewinne zu 300 M 49200 105692 130950 174166
30 Gewinne zu 200 M 3702 10127 30530 32864 41610 76135 84126 98800 113885 116172 150098 174199 201198 201470 209510
68 Gewinne zu 100 M 20547 21875 25995 33643 34940 39734 44393 45360 46017 51307 54490 55501 61319 72056 86340 89234 101930 107357 112776 113004 120927 123622 127980 141283 142063 145991 149983 157660 161229 190267 196008 205512 209755 210069

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher: für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling: für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: i. V. Erich Gellheim.
Anzeigenteil: Paul Kersten: sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001161-12/fragment/page=0004